STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FD 6/10 / Fachdienst 6/10 - Planung und Liegenschaften

Sitzungsvorlage

Datum: 16.02.2016

Drucksache Nr.: **16/0047**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss	24.02.2016	öffentlich / Kenntnisnahme

Betreff

Planfeststellungsverfahren für den 8-streifigen Ausbau der Bundesautobahn A 59 zwischen dem Autobahndreieck Sankt Augustin-West und dem Autobahndreieck Bonn-Nordost

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt dem Verfahrensvorschlag für die weitere Behandlung zu.

Sachverhalt / Begründung:

Der Landesbetrieb Straßenbau NRW plant die Erweiterung der A 59 zwischen dem Autobahndreieck Sankt Augustin-West und dem Autobahndreieck Bonn-Nordost auf 8 Fahrstreifen mit zusätzlichen Standspuren (vgl. Übersichtsplan in der Anlage).

Bereits im Jahr 2007 hatte der Landesbetrieb Straßen den damaligen Planungstand zum 8-streifigen Ausbau der A 59 sowohl im städtischen Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss am 08.05.2007 (vgl. Drucksachenummer 07/0169) als auch im Rahmen einer Bürgerversammlung am 20.03.2007 vorgestellt.

In der Zwischenzeit wurden in einigen Bereichen der Entwurfserstellung weitere Untersuchungen durchgeführt.

Die wesentlichen Grundzüge der Planung haben sich zwischenzeitlich allerdings nicht verändert.

Im Bundesverkehrswegeplan ist die Maßnahme im „vordringlichen Bedarf“ eingestuft.

Die Planfeststellungsunterlagen wurden den Fraktionen in digitaler Form vor der Sitzung zugeleitet. Die Planfeststellungsunterlagen können auch unter der Adresse:

http://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/verfahren/25_strasse_planfeststellungsverfahren/index.html

aufgerufen werden.

Für das Bauvorhaben wird auf Antrag des Landesbetriebes Straßenbau NRW das Anhörungsverfahren im Rahmen der Planfeststellung nach § 17 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) in Verbindung mit § 73 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) NRW durchgeführt.

Die Planfeststellungsunterlagen liegen in den betroffenen Städten Bonn und Sankt Augustin in der Zeit vom 11.02.2016 bis zum 10.03.2016 zur öffentlichen Einsichtnahme aus. Stellungnahmen können bis zum 24.03.2016 eingereicht werden.

Die Frist für die Äußerungen der betroffenen Städte wurde von der Bezirksregierung ebenfalls auf den 24.03.2016 festgesetzt

Damit nach Eingang der Stellungnahmen aus der Auslegung in Sankt Augustin noch eine politische Wertung durch die Stadt vorgenommen werden kann, wurde bei der Bezirksregierung Köln eine Fristverlängerung für die städtische Stellungnahme bis zum 18.04.2016 beantragt. Die Bezirksregierung bestätigte die Fristverlängerung mit Schreiben vom 16.02.2016.

Die Beratung der städtischen Stellungnahme sowie der Beschluss ist aufgrund der zugestandenen Fristverlängerung der Bezirksregierung für die Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses am 13.04.2016 vorgesehen.

Die Verwaltung schlägt vor, dass die Stellungnahme der Stadt im Vorfeld der Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses am 13.04.2016 in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe gemeinsam mit der Verwaltung abgestimmt wird.

In Vertretung

Rainer Gleß
Erster Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan zur Verfügung.

- Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von
 über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.
 über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen. Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.